

Wolfgang Reeder

*«Nicht im Geist der Furcht,  
sondern im Geist der Kraft,  
der Liebe, der Besonnenheit»*

Politische Verantwortung  
in Zeiten der Krise

Evangelische Verantwortung  
Ausgabe 5/6-2020

**«Nicht  
der Geist der Furcht,  
sondern  
der Kraft,  
der Liebe,  
der Besonnenheit»**

Zweiter Paulus zugeschriebener Brief an Timotheus  
Abschn. 1, Satz 7

1. Anfang: Fakten
2. Kraft: Entscheidung
3. Kraft: Liebe ?
4. Besonnenheit: Öffnung
5. GeWissen: Wissenschaft
6. Mut: Vertrauen ?
7. Freiheit: Verantwortung
8. Verantwortung: Voraussicht
9. Verantwortung: Entscheidung

Von "Öffnungsdiskussions-Orgien" habe die Bundeskanzlerin gesprochen, wurde im April berichtet - und in Medien folgte ein Sturm der Empörung. War die Warnung vor ausufernden Öffnungs-Diskussionen Ausdruck von Furcht ? Furcht, die Hans Jonas als "*Heuristik der Furcht*" fordert (Prinzip Verantwortung. 1979), vor der aber der Apostel in seinem 2. Brief an Timotheus warnt ? Oder ist sie Ausdruck von Besonnenheit ? Ausdruck der Mahnung an "*Zucht*" in Luthers Übersetzung, an Selbst-Zucht, Selbst-Beherrschung ? Schließlich zeigten sich schon bei ersten Anzeichen vorsichtiger Lockerung vielerorts Verhaltens-Weisen unvorsichtiger Sorglosigkeit.

### **1. Anfang: Fakten**

Besonnenheit, Selbstbeherrschung zeigt sich zunächst in unserer Bereitschaft, uns auf Fakten einzulassen. Die Fakten sind: (1) Das Corona-Virus ist ein bisher unbekanntes Virus aus einer bekannten Virus-Gruppe. (2) Das Virus ist leicht übertragbar, also äußerst ansteckend. Es handelt sich vorrangig um Tröpfchen-Infektionen, verbreitet durch physische Kontakte, durch Husten, Niesen, Sprechen, Singen, aber auch durch stehende Luft in geschlossenen Räumen. Es kann sich schnell über Länder und Kontinente verbreiten, also zu einer Pandemie führen. (3) Das Virus muss nicht, kann aber eine schwere Atemwegs-Erkrankung, die Covid19 auslösen. Covid19 kann tödlich verlaufen. Das gilt vor allem bei Patienten jeden Alters mit Vor-Erkrankungen, besonders bei geschwächten Senioren. (4) Im Gegensatz zu anderen Krankheiten, zu Epidemien gilt: (a) Es gibt derzeit noch kein einsatzfähiges Medikament, und (b) es gibt derzeit noch keine einsatzfähige Impfung gegen dieses Corona-Virus. (5) Die stationäre Behandlung kann äußerst aufwendig sein, erfordert entsprechende Intensiv-Kapazitäten.

### **2. Kraft: Entscheidung**

*Kraft* zeigt sich im politischen Umgang mit diesen Fakten. Wir haben Politik der Verschleierung erlebt. Wir haben Politik der Verharmlosung erlebt. Noch Ende März verbreiteten Rechtsaußen-Gruppen relativierende Statements von Ruhestands-Wissenschaftlern, sprachen von 'Corona-Hysterie', von 'Panik-Mache'. In den USA bekam Verharmlosung gar präsidentialen Segen. In Großbritannien entzog sich, wie die TIMES detailliert enthüllte, der Regierungs-Chef seiner Führungs- und Entscheidungs-Aufgabe.

Verharmlosung wurde freilich erleichtert durch fehlende Informationen, durch Unsicherheit. Die Entstehung des Virus ist bis heute nicht endgültig geklärt. Zwar sind einige Menschen-Ansammlungen mit einer Vielzahl von Kontakten als Ansteckungs-Herde identifiziert. Doch Verbreitungs-Wege, Überlebens-Dauer auf Flächen, Dauer der Ansteckungs-Gefahr durch infizierte, aber nicht erkrankte Personen, Unterschiede in der individuellen Reaktion auf Infektionen z.B. sind nicht exakt bestimmt oder gar nicht exakt bestimmbar.

Frank Knight unterscheidet kalkulierbares Risiko und nicht kalkulierbare Unsicherheit (Risk, Uncertainty, and Profit. 1921). Bei einer einzelnen Maßnahme wie der Auszahlung des Sofort-Zuschusses an Selbständige ist Betrug ein kalkulierbares Risiko. Lockdown großer Teile einer

Volkswirtschaft ist kaum noch kalkulierbar. Das Problem beschreibt Karl Popper: Je größer die Eingriffe in soziale Systeme, um so größer sind unbeabsichtigte, aber unvermeidbare Nebenwirkungen (The Poverty of Historicism. 1957). Angesichts des pandemischen Charakters von Corona-Infektionen aber erfordert politische Verantwortung Kraft, d.h. den Mut zu schnellem Handeln unter Unsicherheit. Für dessen Rechtfertigung drei Bedingungen wesentlich sind: Föderalismus, Parlaments-Vorbehalt, Sunset Legislation. D.h. 1. engste Abstimmung zwischen Bund und Ländern, 2. Verordnungs-Ermächtigung auf der Grundlage von durch Bundestag und Landtage verabschiedeten Gesetzen, 3. regelmäßige Überprüfung und Befristung aller so getroffenen Maßnahmen. Bundes-Regierung und Landes-Regierungen in unserem Land haben unter diesen Bedingungen schnelle, umfassende Entscheidungen getroffen, unsere regierenden Politiker haben Mut bewiesen - von international agierenden Institutionen als weltweit zweitbestes Krisen-Management bezeichnet.

### **3. Kraft: Liebe ?**

Das Wort 'Liebe' aus der Ermahnung des Apostels in den Zusammenhang politischen Handelns zu stellen, scheint unangemessen. Wenden wir aber Luthers Verfahren weiter, Gesellschaftsbezogener Auslegung z.B. der Gebote an. Dann bedeutet Liebe Verantwortungs-Bewusstsein, Zugewandt-Sein, Einfühlungs-Vermögen, Für-Sorge.

Wer die Entscheidungs-Prozesse in Berlin, wer die handelnden Personen nicht grundsätzlich ablehnend verfolgt - wie große Teile des Polit-Feuilletons - oder gar feindselig - wie ein Teil der Opposition und Rechtsaußen-Gruppen, sondern offen und aufmerksam, auch mit einigen Insider-Kenntnissen, der kann zwei Beobachtungen machen:

Handelnde Politiker, ihre Mitarbeiter und die Mitarbeiter von Ministerien arbeiten offenbar bis an den Rand der Erschöpfung, um Lösungen oder wenigstens Linderungen für die kaum überschaubaren Probleme einer hochdifferenzierten Gesellschaft zu finden, zu prüfen, zu bestimmen. Und: Vom Beginn des Lockdown an fühlten sich einzelne Gruppen nicht verstanden, nicht berücksichtigt, allein gelassen. Mittelständler konnten mit Kredit-Garantien nichts anfangen, weil sie auf 90% begrenzt waren. Inzwischen gibt es 100%-Kredit-Garantien. Selbständigen nützt Kurzarbeits-Förderung bei fortbestehenden Betriebs-Ausgaben nichts. Inzwischen haben Zehntausende einen Zuschuss von 9.000 Euro erhalten. Manche fragten: Welchen Sinn hat es, meist ohnehin spärlich besuchte Gottesdienste zu unterbinden ? Inzwischen verständigt sich das Innen-Ministerium mit Vertretern der Religions-Gemeinschaften auf Schutz-Bestimmungen für Gottesdienste. Tatsächlich sind den politischen Akteuren alle diese Probleme bewusst. Tatsächlich arbeiteten die Regierungen von Anfang an auch an Lösungen für solche Probleme.

### **4. Besonnenheit: Öffnung**

Über zwei Dritteln der Bürger ist diese Für-Sorge der Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzlerin offensichtlich bewusst. Das zeigen demoskopische Zustimmungswerte. Sie speisten sich aus der - angesichts der sonstigen Schwerfälligkeit politisch-bürokratischer Prozesse - Erfahrung unmittelbar Entscheidungsfähiger großer Koalition, der Erfahrung äußerst schnellen gemeinsamen politischen Handelns von Bund und Ländern.

Die wesentlich schwierigere Phase politischer Entscheidungen beginnt mit Schritten der Lockerung des Lockdown. Einzelne Schritte können nur einzelne Gruppen und Einrichtungen betreffen.

Nicht Betroffene fühlen sich ungleich behandelt. Oft wird Ungleichheit mit Ungerechtigkeit gleich gesetzt. Interessen-Verbände nehmen diese Ungerechtigkeits-Empfindungen auf, verbreiten und verstärken sie - Lobbyismus als Handlungs-Widerstand. Einzelne Regionen können von der Epidemie und/oder von Restriktionen unterschiedlich betroffen sein. Mecklenburg-Vorpommern ist mit wenig besiedelten Räumen von der Pandemie wenig, als bevorzugtes Reiseland von den Restriktionen stark betroffen. Ähnlich Unterschiedliches gilt für andere Bundesländer - Föderalismus als Handlungs-Widerstand. Am 23.04. waren 148.000 Infizierte gemeldet (Virologen gehen von einer um ein Vielfaches höheren Dunkel-Ziffer aus). Multiplizieren wir diese Zahl mit 3, um emotional betroffene Angehörige einzubeziehen, so sind von der Infektion rund 450.000 Personen bewusst betroffen. Als Betroffene müssen wir aber auch die 5,7 Millionen Angehörige der Gesundheits- und Pflege-Berufe verstehen. Das bedeutet: 6,15 Millionen Personen sind von der Pandemie betroffen. Die anderen 76 Millionen sehen sich nicht von der Pandemie, sondern von Restriktionen und Verlusten betroffen. Bei Millionen von ihnen ist zunehmende Ablehnung von Restriktionen zu erwarten - Egoismus, genauer: Egozentrik als Handlungs-Widerstand. Diese Haltung scheint sachlich bestätigt zu werden durch gerade einmal 0,2 % der Bevölkerung gemeldete Infizierte, durch sinkende Zahlen gemeldeter Neu-Infektionen - Relativismus als Handlungs-Widerstand.

Wie lange kann verantwortliche Politik wachsendem Widerstand von Lobbyismus, Föderalismus, Egoismus, Relativismus widerstehen ? Einem Widerstand, der inzwischen Unterstützung in der Justiz findet. Dass einzelne Lockerungs-Maßnahmen Personen und Institutionen unterschiedlich, ungleich treffen, ist offensichtlich. Das widerspricht juristischem Denken, das vorrangig kausal, Ursachen-orientiert ist. Vereinfacht gesagt - Tatbestand: ungleiche Behandlung, Rechts-Folge: Feststellung der Rechts-Widrigkeit. Geschäfts-Lokal mit 800 qm Verkaufs-Fläche: Öffnungs-Erlaubnis; Geschäfts-Lokal mit 900 qm Verkaufs-Fläche: Öffnungs-Verbot. Politisch-ökonomisches Denken hingegen ist final, Ziel-orientiert. Ziel: Größere Menschen-Ansammlungen vermeiden; Maßnahme: Verkaufs-Flächen begrenzen. In einer Vielzahl von Entscheidungen hat das Bundes-Verfassungsgericht allerdings Ziel-bezogene Aspekte akzeptiert - erstmals 1958: *"Regelungen nach Art.12 Abs.1 S.2 GG müssen stets auf der Stufe vorgenommen werden, die den geringsten Eingriff in die Freiheit der Berufswahl mit sich bringt; die nächste Stufe darf der Gesetzgeber erst dann betreten, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit dargetan werden kann, dass die befürchteten Gefahren mit (verfassungsmäßigen) Mitteln der vorausgehenden Stufe nicht wirksam bekämpft werden können."* (BVerfGE 7, S.377-444)

## **5. GeWissen: Wissenschaft**

*"Ich bin ja mit vielen Restriktionen einverstanden. Ich will aber wissen, welche Maßnahme warum mit welcher Ursache und v.a. mit welcher Wirkungen getroffen wird."* Aus dem Kultur-Bereich sind solche Aussagen immer wieder in übereinstimmenden Formulierungen zu hören. Gefordert werden, was im Kultur-Bereich in der Regel abgelehnt wird: Feststellungen instrumenteller Vernunft. Gefordert werden technisch-wissenschaftliche Aussagen über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, Aussagen, die bei einem neuen Phänomen wie dem nun auftretenden Corona-Virus Wissenschaft in der geforderten Exaktheit noch gar nicht liefern kann. Was bisher sicher gesagt werden kann, sind die eingangs genannten Fakten.

Auf der Grundlage dieser nachgewiesenen Fakten kann Wissenschaft mögliche Entwicklungen, mögliche Gefahren aufzeigen. Und: Maßnahmen nennen, die der Identifizierung des Virus und seiner Verbreitungs-Wege dienen: Tests und Tracking-Systeme; Maßnahmen, die der Verbreitung des Virus entgegenwirken: Abstand, Hygiene, Masken. Wissenschaft kann Strategie-Möglichkeiten benennen: Vollständige Eindämmung - die vollständigen Lockdown - über das bei uns realisierte Maß hinaus, vollständige Isolation erfordert. Oder: Abflachen der Infektions-Häufigkeit bis auf einen R-Faktor möglichst weit unter 1, bis die Zahl der Neu-Infektionen die Kapazitäten des Gesundheits-Systems nicht mehr überfordert, sodass Zeit gewonnen wird für die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen - die in Deutschland realisierte Strategie. Oder: Kontrollierte verlangsamte - auf zwei bis drei Jahre zu veranschlagende - Durchseuchung von ca zwei Dritteln der Bevölkerung bis zum Erreichen von Herden-Immunität. Die erfordert 25.000 bis 50.000 Krankenhaus-Betten, davon die Hälfte auf Intensiv-Stationen. Und sie erfordert hohe medizinische Kontroll-Kapazitäten ohne Sicherheit gegen erneute Ausbrüche mit exponentiell steigenden Infektions-Raten. Ohne diese Kapazitäten demonstriert die dramatische Situation in Ländern mit anfänglicher Verharmlosungs-Politik die Risiken.

Wissenschaft kann Gefahren beschreiben, mögliche Strategien bestimmen, aber nicht vorschreiben. Vom Ersatz der Politik durch Virologie und Epidemiologie zu sprechen, geht weit an der Wirklichkeit vorbei. Dass Virologen medial so präsent sind, ist notwendig, um Situation, Gefahren, um Ausgangs-Bedingungen politischer Entscheidungen zu beschreiben. Ist notwendig, um die Grundlagen politischer Entscheidungen zu vermitteln. Stärkere öffentliche Präsenz von Wissenschaft im Zusammenhang politischer Entscheidungen könnte generell einen Beitrag leisten, deren Diskussion zu versachlichen, der zunehmenden Dominanz bloßer Meinungen entgegen zu wirken. Allerdings befreit Wissenschaft Politik nicht von dem hier gegebenen Zwang zu Entscheidungen unter Unsicherheit.

## 6. Mut: Vertrauen ?

Nun treffen politischen Entscheidungen auf ähnliche Erwartungen wie die an Wissenschaft. Von der werden klare Aussagen zu Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen erwartet. Von der Politik werden klare Aussagen zu Ziel-Maßnahmen-Verknüpfungen und deren Auswirkungen erwartet. Ich nenne es konstruktivistische Erwartung an Wissenschaft und Politik. Von der Wissenschaft erwarten wir die Gesetzmäßigkeiten der Aerodynamik - Ursache-Wirkung. Von der Technik erwarten wir die Konstruktion von Flug-Körpern - Ziel-Maßnahme. Technizistische Vorstellungen bleiben trotz ständiger Hinweise auf 'Risiken und Nebenwirkungen' (bei Pharmazeutika) Einstellungs-prägend. Doch konstruktivistische Erwartungen kann Politik schon in 'normalen' Zeiten oft nicht erfüllen. Um so mehr gilt das bei einschneidenden Maßnahmen in der Pandemie.

Zwei Verhaltensweisen ermöglichen Akzeptanz politischer Entscheidungen unter Unsicherheit: Gehorsam - in autoritären Systemen. Oder: Vertrauen - in offenen Gesellschaften. Vertrauen in politisches Handeln entsteht durch Kompetenz und Glaubwürdigkeit. Genauer gesagt: (a) Wir gehen davon aus, dass Entscheider wissen, was sie tun, dass sie sich bei Unsicherheit, soweit irgend möglich, um genaues, umfassendes Wissen bemühen, dass sie ge.wissenhaft, sorgfältig abwägend handeln. (b) Wir gehen davon aus, dass Zuständige in Gefahren-Situationen nicht zögerlich, nicht "*von des Gedankens Blässe angekränkt*" (Shakespeare: Hamlet) sind, sondern Handlungs-fähig und Handlungs-bereit. (c) Wir gehen davon aus, dass Akteure nicht vor allem

persönliche, eigensüchtige, u.U. zu Lasten Anderer gehende Interessen verfolgen. (d) Wir gehen davon aus, dass Verantwortliche nicht mit Rücksicht auf Einzel-Interessen handeln, sondern sich der Abwägung von Interessen, dem Gemeinwohl verpflichtet wissen. Die Zustimmungswerte für Ministerpräsidenten, vor allem für die Bundeskanzlerin im April 2020 zeigen, dass eine große Mehrheit der Bürger diese Vertrauens-Elemente erfüllt sieht.

Vertrauen von Bürgern in Politiker - und was ist mit dem Vertrauen von Politikern in die Bürger ? Statt Freiheits-Rechte so weitgehend auszusetzen sollten die Politiker doch auf die Mündigkeit der Bürger vertrauen, wird gefordert. Und immer wieder melden sich empörte Bürger, erklären: Man wehre sich gegen staatliche Bevormundung, man sei selbst sehr wohl in der Lage, sich zu schützen. Doch eben diese Egozentrik muss dem Vertrauen in die Mündigkeit von Bürgern Grenzen setzen. Es gibt in der Tat eine Fülle von Beweisen, Aktionen der Gemeinschaft, der Solidarität, der Rücksicht, der Fürsorge. Doch es gibt auch immer wieder Äußerungen, Verhaltensweisen der Achtlosigkeit, der Ichsucht, der Rücksichtslosigkeit. Denen Grenzen zu setzen, davor zu schützen, ist staatliche Aufgabe, durch verbindliche, verpflichtende, kontrollierte, sanktionierte Vorschriften. Staat darf selbständiges verantwortliches Verhalten nicht ausschließen; er darf es aber nicht als selbstverständlich voraussetzen.

## 7. Freiheit: Verantwortung

In wachsender Kritik an Freiheits-Einschränkungen äußert sich ein Freiheits-Verständnis, das wir liberalistisch nennen können, weil verabsolutiert und früheren geschichtlichen Perioden entstammend: Freiheit als Abwehr-Recht gegen den Staat. (Ein Freiheits-Konzept, dem in dieser Einseitigkeit übrigens Konservative immer widersprochen haben. Es ist deshalb interessant, dass Rechtsaußen-Gruppen, die sich zu Hütern des Konservativen ernannt haben, in der Krise dieses liberalistische Freiheits-Konzept propagieren.) In eingängiger Formulierung können wir unterscheiden Freiheit *von...* und Freiheit *zu...*

Freiheit *zu* verbindet Freiheit mit Verantwortung, versteht Freiheit als Handlungs-Auftrag. Unternehmer haben unternehmerische Freiheit nie nur als Abwehr des Staates verstanden, sondern vor allem auch als Aufgabe Innovation, als Chance, als Auftrag neue, bessere Güter und Leistungen bereit zu stellen. Unternehmer können über Umsatz-Einbrüche klagen oder ihre Produktion von Spirituosen auf Desinfektions-Mittel umstellen. Und sie tun es - ohne staatlichen Auftrag. Unternehmer können über Einschränkungen klagen oder ihre Produktion von T-Shirts auf Schutz-Masken umstellen. Und sie tun es - ohne staatlichen Auftrag. Das Polit-Feuilleton beklagt die Isolation der Bewohner von Pflege- und Senioren-Heimen. Die Bonner Firma Baumann Logistik - ohne staatlichen Auftrag - bietet innerhalb von zwei Tagen Begegnungs-Container - mit zwei getrennten Räumen, jeweils eigener Belüftung und Abluft, getrennten Zugängen, Glas-Abtrennung und Sprech-Einrichtung.

Verbands-Vertreter und Politiker fordern einen "*Plan*". fordern Zeitpläne, fordern Vorgaben. Doch: Niemand in Wissenschaft und schon gar nicht in der Politik kann wissen, wann eine Pandemie dauerhaft überwunden ist. In Konzernen gehört es zur Führungs-Verantwortung, Unternehmen auf unterschiedliche Szenarien vorzubereiten. Terror-Anschläge, Banken-Crash, Protektionismus, BrExit, Cyber-Attacken sind schon erlebte Phasen des Wandels unternehmerischer Handlungs-Bedingungen von der Kalkulation von Risiken zur Bewältigung von Unsicherheit. Das sieht für Klein- und Mittelbetriebe, vor allem für den Zeit-gebundenen Dienstleistungs-Sektor anders aus.

Hier geht es oft um Schutz vor Insolvenz, um die Existenz von kleinen Unternehmen und Dienstleistern. Auch wenn Schulden-finanzierte Unterstützungs-Programme fiskalpolitisch zunehmend kritisiert werden - kaum einer der Kritiker hat bisher Alternativen vorgelegt.

Alternativlos - die Bundeskanzlerin ist für dieses Wort bis zum heutigen Tag kritisiert, der Diskussions- und Demokratie-Feindlichkeit geziehen worden. Nun werden die gemeinsamen Lockdown-Entscheidungen von Bundes-Regierung und Landes-Regierungen aus dem Polit-Feuilleton, aus Philosophie und Sozialwissenschaften zunehmend intensiv kritisiert als nicht überzeugend begründete Aussetzung von elementaren Freiheits-Rechten. Die Freiheits-Rechte des Grundgesetzes sind jedoch nicht als Schranken-lose Rechte formuliert, sondern jeweils an Sozial-Verträglichkeit gebunden. In Zeiten der Pandemie bedeutet Sozial-Verträglichkeit Schutz der Gesundheit der Anderen. Und da ist schon bezeichnend, dass oft gerade Publizisten, die das Wort 'Alternativlos' immer wieder heftig kritisiert haben, bei ihrer Kritik an den jetzigen Regierungs-Maßnahmen jeglichen Hinweis auf Alternativen zum Gesundheits-Schutz der Menschen vermissen lassen.

So könnte es sein, dass Kritik aus Polit-Feuilleton und Sozialwissenschaften die trotz Billionen-Hilfen wachsende Frustration und Wut befeuert. Dem Zorn derjenigen Argumente liefert, die zum einen in der Tat erheblich betroffen sind, die zum anderen die noch vergleichsweise glimpfliche Infektions-Entwicklung als Beleg sehen, dass derart einschneidende Maßnahmen überflüssig waren, überflüssig sind. In den USA formiert sich bereits lautstarker Widerstand gegen Lockdown-Maßnahme, Widerstand in dem sich wütende, Arbeitslosigkeit erlebende oder fürchtende Menschen treffen mit Publizisten, die Einschränkungen als Anschlag auf ihre Freiheit bezeichnen - und Publizisten, die wirtschaftlichen Verlust der Vielen aufrechnen gegen den Wert restlicher Lebenszeit von Wenigen...

### **8. Verantwortung: Voraussicht**

Ein Teil der Kritik an restriktiven Maßnahmen gründet sich auf den Vorwurf mangelnder Voraussicht, mangelnder Vorbereitung. So nützlich die Unterscheidung von Risiko und Unsicherheit sein mag - auch Unternehmen wird ja angeraten, sich auf Disruptionen einzustellen. Um so mehr gilt das für Politik. Denn an Krisen-Prognosen hat es nie gefehlt. Finanz-Krisen waren vorhersehbar - und wurden vorhergesagt. Globalisierungs-Grenzen waren vorhersehbar - und wurden vorhergesagt. Schulden-Krisen waren vorhersehbar- und wurden vorhergesagt. Migrations-Krisen waren vorhersehbar - und wurden vorhergesagt. Es war einzig und allein eine Frage der Zeit, wann diese Entwicklungen die öffentliche Wahrnehmungsschwelle überschreitend zur Krise wurden. Oder wann plötzliche Schocks, wenn Infektionen Krisen auslösten.

In der Tat lag dem Deutschen Bundestag 2013 der *«Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012»* vor. Der Bericht enthält ein u.a. vom Robert Koch-Institut formuliertes Szenario: *«Risikoanalyse „Pandemie durch Virus Modi-SARS“*». Der Bericht wurde ohne Aussprache an den Innen-Ausschuss überwiesen. Der Ausschuss sah von einer Bericht-Erstattung dazu im Bundestags-Plenum ab, da er keine Beschluss-Empfehlung für erforderlich hielt. Das damals formulierte Szenario wich nur insofern von der heutigen Situation ab, als (a) ein fiktiver Virus angenommen, und (b) ein Worst case-Szenario entwickelt wurde - eine Pandemie über einen Zeitraum von drei Jahren, mit mindestens 7,5 Millionen Toten in Deutschland als direkte Folge der Infektion.



Bei Krisen erweist sich Politik als lernfähig - im Nachhinein. Nach der Migrations-Krise 2015 wurden zahlreiche Maßnahmen getroffen, die eine Wiederholung unmöglich machen. Nach Finanz- und Schulden-Krise 2007-2020 sind Eigenkapital-Vorschriften für Banken, sind Schulden-Bremsen für Staatshaushalte eingeführt worden. Warum ist es so schwierig, im Vorhinein, also Vor-Sorge wenn schon nicht für die Vermeidung, so doch wenigstens für die Bewältigung einer Krise zu treffen ?

Krisen-Vorsorge ist immer mit Vorbereitung von Einschränkungen, Belastungen verbunden. In demokratischen Systemen mit Parteien-Wettbewerb sind Entscheidungen auf ein hohes Maß an Akzeptanz angewiesen. Es kann als zu schwierig angenommen werden, Akzeptanz zu erreichen für die Ankündigung von Restriktionen wegen einer nur möglichen, nicht von vielen Menschen tatsächlich erfahrenen Gefahr. Menschen sind meist nur bereit, Belastungen, Einschränkungen hinzunehmen, wenn Schmerz-Schwellen überstiegen sind.

In jüngerer Zeit hat der kostspielige Versuch rechtzeitiger Vorsorge nicht gerade Akzeptanz-Bereitschaft gefördert. Zwischen 2005 und 2009 lagerten staatliche Stellen für 20% der Bevölkerung Neuraminidase-Hemmer ein für den Fall einer Influenza-Pandemie, mit Kosten von insgesamt 330 Mio.Euro. Bis 2017 wurden die inzwischen abgelaufenen Medikamente vernichtet. In Medien war das Anlass zu heftiger Kritik, sogar "*Irrsinn*" hieß es (Der Spiegel 14.08.2017). Heute freilich geht es um Schutz-Ausrüstungen und Beatmungs-Geräte.

Auch wenn Regelungen, Einrichtungen, Instrumente der Krisen-Vorsorge lange Zeit mangels Krise nicht genutzt werden müssen - politische Verantwortung erfordert Frühwarn-Systeme und Krisen-Vorsorge. Es reicht nicht aus, im Bundestag Berichte zur «*Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz*» lediglich weiterzuleiten, dann im zuständigen Ausschuss Kommentar-los zur Kenntnis zu nehmen. Sicher gibt es bei kostspieligen, einschränkenden Vorsorge-Maßnahmen ein Verständnis-Problem. Wir erleben es gegenwärtig: Im internationalen Vergleich gibt es weniger - ermittelte - Infektionen, mehr und bessere Behandlungs-Kapazitäten. Fatalerweise gründen Regierungs-Gegner darauf ihre immer lauter vorgetragene Behauptung, Restriktionen seien unbegründet, die Kosten dieser Maßnahmen nicht gerechtfertigt. Wenn wir jahrelang keinen Unfall verursacht haben - ist dann die KFZ-Versicherung verschwendetes Geld ? Wenn wir jahrelang nicht zum Arzt oder in eine Klinik gehen mussten - hätten wir uns dann nicht die Kranken-Versicherung sparen können ?

## **9. VerAntwortung: Entscheidung**

Oft ist der Bundesregierung, genauer der Bundeskanzlerin aus dem Polit-Feuilleton das Fehlen einer Vision für unser Land vorgeworfen worden. Interessanterweise gerade auch von Publizisten, die immer wieder Freiheit als Abwehr-Recht gegen den Staat betonen. Also durchaus widersprüchlich. Denn Visionen künftigen Lebens und Zusammenlebens sollten Angelegenheit freier bürgerlicher Lebens-Gestaltung sein. Aufgabe des Staates ist es, nötige Rahmen-Bedingungen zu schaffen, zu erhalten. Dazu gehört vorrangig, wir erleben es gerade, Krisen-Vorsorge und Krisen-Management.

Kann die Pandemie Verständnis für oft weniger bedeutsam eingeschätzte Aufgaben der Politik fördern, für politische Entscheidungen ? Die inzwischen wieder häufiger in Kultur und Feuilleton formulierte Geringschätzung von Regierenden unseres Landes lässt daran zweifeln, eine Geringschätzung politischen Handelns, politischer Maßnahmen ohne jegliches Bemühen, auch nur

ansatzweise Alternativen zu bedenken. Ausdruck einer Haltung der Entscheidungs-Ferne. Auf unternehmerisches, ständig Entscheidungs-orientiertes Handeln gegründet kommt eine andere Einschätzung des gegenwärtigen Politik-Prozesses. Frank Thelen, häufig Schwerfälligkeit und Innovations-Defizite bemängelnd, sagt: *"Ich möchte aktuell nicht in der Haut unserer Spitzenpolitiker stecken. Die Entscheidungen, die hier momentan auf Basis unzureichender Daten und Faktenlage getroffen werden müssen und die unvorhersehbare Auswirkungen haben können, sind extrem komplex."* (General-Anzeiger 21.04.2020)

Wirksames Krisen-Management in offener Gesellschaft erfordert Akzeptanz, erfordert jenes Verständnis für extrem komplexe Entscheidungen, das Frank Thelen hier formuliert. Verständnis für schwierige Entscheidungen wurde einst vom Theater gefördert, bevor dort in Konfliktsituationen gefangene Menschen zu Karikaturen und Marionetten herab-inszeniert wurden. Die 'klassische' Tragödie zeigt uns Menschen in existenziellen Entscheidungs-Situationen, zeigt Tragik als *"Unvermeidbarkeit der Wertvernichtung"*, wie es Benno von Wiese formulierte (Die deutsche Tragödie. 1948). Ein Theater-Stück, das nur wenige inszenatorische Verzerrungen erfahren musste, ist Ferdinand von Schirachs *«Terror»* (2016). Es fordert nicht nur zum gedanklichen Nachvollzug heraus - die Zuschauer werden zu Geschworenen, die über Schuld oder Unschuld eines Luftwaffen-Piloten zu befinden gefordert sind. Mit seiner Herausforderung zu einer direkten persönlichen Entscheidung über ein exakt in seinem Konflikt, seiner Tragik beschriebenes Verhalten wurde das Stück zu einem der größten Theater-Erfolge der Gegenwart. Ein Hinweis, wie viele Menschen bereit, interessiert sind, sich mit der Herausforderung einer solchen Entscheidungs-Situation zu beschäftigen.

Damit sollte Schirachs Stück zum Literatur-Kanon unserer Schulen gehören - wie z.B. Ibsens *«Ein Volksfeind»* (1882), Schnitzlers *«Professor Bernhadi»* (1912) oder auch der Film *«Die zwölf Geschworenen»* (1957). Bewusstsein für Entscheidungs-Konflikte, Entscheidungs-Komplexität und darauf gründende Entscheidungs-Fähigkeit ist zentrale Bildungs-Aufgabe. Einer Allgemein-Bildung, ausgerichtet auf die Entwicklung moralischen Bewusstseins. Dieses Bildungs-Verständnis wird umgesetzt durch Diskussionen moralischer Dilemma-Situationen, wie sie Lawrence Kohlberg begründet und konzipiert hat (The Psychology of Moral Development. 1984). Und es wird umgesetzt durch Entscheidungs-Simulationen in Schulen, Hochschulen, außerschulischer Bildung. Eine meiner eindrucksvollsten Erfahrungen als Dozent: Wir veranlassten Angehörige einer Berufs-Gruppe, die Rolle derjenigen zu übernehmen, die sie bisher als Kontrahenten sahen und behandelten. Die Teilnehmer mit reichlicher Fortbildungs-Erfahrung nannten das Seminar beim Abschluss das lehrreichste, das sie jemals besucht hatten.

Intensives Durchdenken, Durchspielen von Dilemma-Situationen, auch: veranlasst werden, sich in die Situation politischer Entscheider zu versetzen - das kann Akzeptanz komplexer politischer Entscheidungen wie jetzt in der Krise fördern. Wenn diese Akzeptanz in öffentlicher Meinung begleitet wird durch Dietrich Bonhoeffers gelebte Überzeugung *"Nicht in der Flucht der Gedanken, allein in der Tat ist die Freiheit"* (Stationen auf dem Weg zur Freiheit. 1944).

Und: Wenn erkennbar wird, dass die Regierenden im Sinne der Mahnung des Apostels handeln:  
*«Nicht im Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe, der Besonnenheit»*